

- Klagemuster Sonderzahlung-

Name

Straße

Ort

An das Verwaltungsgericht ... **(ergibt sich aus
Rechtsbehelfsbelehrung im Widerspruchsbe-
scheid)**

Datum

K l a g e

der/des Frau/Herrn ..., Adresse

- Kläger/in -

gegen

das Land Brandenburg, vertreten durch die Zentrale Bezügestelle, Lipezker Straße
45, 03048 Cottbus

- Beklagter -

wegen Sonderzahlung

Hiermit erhebe ich gegen meinen Dienstherrn

K l a g e

mit den Anträgen

- 1. den Beklagten unter Aufhebung des Widerspruchsbescheides vom ... (*bitte Datum einfügen*) zu verpflichten, dem Kläger / der Klägerin für das Jahr 2008 einen weiteren Aufstockungsbetrag der Sonderzahlung i.H.v. 372 € nebst Zinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen;**

hilfsweise,

- 2. den Beklagten unter Aufhebung des Widerspruchsbescheides vom ... (*bitte Datum einfügen*) zu verpflichten, dem Kläger / der Klägerin für das Jahr 2008 einen weiteren, über 168 € hinausgehenden Aufstockungsbetrag der Sonderzahlung, der auf der Grundlage von Steuermehreinnahmen i.H.v. 136,1 Millionen € berechnet wird, nebst Zinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.**

Begründung:

1.

Ich bin Beamter / Beamtin des beklagten Landes.

Im Februar 2009 habe ich meiner Bezügemitteilung entnehmen können, dass der Aufstockungsbetrag der Sonderzahlung für 2008 auf 168,00 € festgesetzt wurde.

Ich habe dagegen mit Schreiben vom ... *(bitte Datum einfügen)* Widerspruch eingelegt, da ich diesen Aufstockungsbetrag für zu gering halte. Das Schreiben ist als

Anlage K 1 *(Kopie für Gericht beifügen)*

beigefügt.

Der Widerspruch wurde von meinem Dienstherrn mit Widerspruchsbescheid vom ... *(bitte Datum einfügen)* zurückgewiesen. Den Widerspruchsbescheid überreiche ich als

Anlage K 2. *(Kopie für Gericht beifügen)*

2.

Ausgangs- und Widerspruchsbescheid sind rechtswidrig und verletzen mich in meinen Rechten. Ich habe Anspruch auf Zahlung einer höheren Sonderzahlung.

Dem gezahlten Aufstockungsbetrag wurde eine durch den Minister der Finanzen des Landes Brandenburg abgegebene Prognose der zu erwartenden Steuermehreinnahmen i. H. v. 22,6 Millionen € zugrunde gelegt. Die tatsächlichen Steuermehreinnahmen betragen jedoch 136,1 Millionen €.

Ich gehe davon aus, dass die Schätzung der zu erwartenden Steuermehreinnahmen fürsorgepflicht- und treuwidrig zu niedrig war, sodass auch die Sonderzahlung zu niedrig ausgefallen ist. Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich seit der zum 15.11.2008 abgegebenen Prognose die Steuermehreinnahmen unvorhersehbarer Weise um über 110 Millionen € erhöht haben. Daher habe ich einen Anspruch darauf, dass die tatsächlichen Steuermehreinnahmen der Berechnung der Sonderzahlung zugrunde gelegt werden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass nach Vereinbarung der zwischen dem beamtenbund und tarifunion brandenburg und dem Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg **mehrere Musterverfahren** vor den hierfür zuständigen Gerichten zur grundsätzlichen Klärung der hier im Raume stehenden allgemeinen Problematik geführt werden sollen. Das vorliegende Verfahren wurde nicht als Musterverfahren ausgewählt. Es wird daher angeregt, das vorliegende Klageverfahren bis zu einer gerichtlichen Klärung dieser Rechtsfragen in den Musterverfahren zum Ruhen zu bringen.

Im Hinblick auf § 204 Abs. 2 Satz 2 BGB bitte ich jedoch in diesem Zusammenhang darum, dass der Beklagte ausdrücklich auf die Geltendmachung der Einrede der Verjährung verzichtet.

Der geltend gemachte Zinsanspruch ergibt sich aus §§ 288, 291 BGB (analog).

Abschrift anbei.

(Unterschrift)